



Dieser Text ist ein Vorabdruck. Verbindlich ist die Version, die in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts veröffentlicht wird.

Verordnung über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (VPMT)

vom ...

*Der Schweizerische Bundesrat
verordnet:*

I

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Verordnung vom 4. Dezember 2009¹ über verwaltungspolizeiliche Massnahmen des Bundesamtes für Polizei und über das Informationssystem HOOGAN

Art. 5 Abs. 1 Bst. b

¹ Als Nachweis gewalttätigen Verhaltens gelten:

- b. glaubwürdige Aussagen oder Bildaufnahmen der Polizei, des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG), des Sicherheitspersonals oder der Sportverbände und -vereine;

Art. 6 Abs. 2 Bst. a Ziff. 2 und 3 sowie Bst. c

Betrifft nur den französischen und den italienischen Text.

¹ SR 120.52

Art. 7 Abs. 6 Einleitungssatz und Abs. 7

⁶ Besteht gegen eine Person weder ein Rayonverbot noch eine Meldeauflage wegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen, so ist eine Ausreisebeschränkung begründet, wenn konkrete und aktuelle Tatsachen vorliegen, dass:

⁷ Zusätzlich zur Ausschreibung im automatisierten Polizeifahndungssystem (RIPOL) wird die verfügte Ausreisebeschränkung dem BAZG, den Polizeibehörden der Kantone sowie den zuständigen Zoll- und Polizeibehörden im Ausland mitgeteilt.

Art. 7a Sachüberschrift und Abs. 2

Betrifft nur den französischen und den italienischen Text.

Art. 8 Abs. 2

Betrifft nur den italienischen Text.

Art. 9 Abs. 1 Bst. a Ziff. 1, b, d und e, Abs. 3, 4 Bst. d, 5, 8 und 9

¹ Auf HOOGAN haben die folgenden Behörden ausschliesslich zu den folgenden Zwecken Zugriff:

- a. die folgenden Stellen innerhalb von fedpol:
 1. der Bereich Hooliganismus: für den Betrieb von HOOGAN, für das Verfügen von Ausreisebeschränkungen, für den gesetzlich vorgesehenen Informationsaustausch sowie für Analyse- und Lagebeurteilungen,
- b. *Betrifft nur den französischen und den italienischen Text.*
- d. die für die Personenkontrolle eingesetzten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des BAZG: zum Vollzug der Ausreisebeschränkungen und Einreiseverbote;
- e. *Aufgehoben*

³ Über den Vollzugriff verfügen:

- a. der Bereich Hooliganismus;
- b. die für die Verhinderung von Gewalt an Sportveranstaltungen verantwortlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Polizeibehörden der Kantone und Gemeinden sowie die für die Personenkontrolle eingesetzten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des BAZG.

⁴ Über den Kurzzugriff verfügen:

- d. die für die Personenkontrolle eingesetzten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des BAZG.

⁵ Der Kurzzugriff der Polizeibehörden der Kantone und des BAZG erfolgt via Schnittstelle im RIPOL.

⁸ Die Leiterin oder der Leiter des Bereichs Hooliganismus von fedpol oder deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter entscheidet über individuelle Zugriffsanträge der Behörden nach Absatz 1.

⁹ Die Verantwortung für HOOGAN liegt beim Bereich Hooliganismus.

Anhang

Der Anhang erhält die neue Fassung gemäss Beilage.

2. Nachrichtendienstverordnung vom 16. August 2017²

Anhang

Anhang 3 wird gemäss Beilage geändert.

3. Asylverordnung 2 vom 11. August 1999³

Art. 24 Abs. 1 Bst. b^{bis} und d^{bis}

¹ Der Bund vergütet den Kantonen Globalpauschalen für Flüchtlinge und Staatenlose. Er vergütet diese Pauschalen ab Beginn des Monats, welcher dem Entscheid über die Asylgewährung, über die Aufnahme als vorläufig aufgenommenen Flüchtling oder über die Anerkennung als Staatenloser folgt, bis und mit dem Ende des Monats, in dem:

b^{bis}. ein Flüchtling mit einer rechtskräftigen Landesverweisung nach Artikel 66a oder 66a^{bis} des Strafgesetzbuchs⁴ (StGB) oder Artikel 49a oder 49a^{bis} des Militärstrafgesetzes vom 13. Juni 1927⁵ (MStG) oder mit einer rechtskräftigen Ausweisung nach Artikel 68 AIG die Schweiz definitiv verlassen hat oder unkontrolliert abgereist ist, längstens aber fünf Jahre seit dem Zeitpunkt der Einreichung des Asylsuches;

d^{bis}. ein Staatenloser mit einer rechtskräftigen Landesverweisung nach Artikel 66a oder 66a^{bis} StGB oder Artikel 49a oder 49a^{bis} MStG oder mit einer rechtskräftigen Ausweisung nach Artikel 68 AIG die Schweiz definitiv verlassen hat oder unkontrolliert abgereist ist, längstens aber fünf Jahre seit der Anerkennung der Staatenlosigkeit;

² SR 121.1

³ SR 142.312

⁴ SR 311.0

⁵ SR 321.0

4. ZEMIS-Verordnung vom 12. April 2006⁶

Art. 9 Bst. b Ziff. 1 und Bst. n

Daten des Ausländerbereichs kann das SEM folgenden Behörden durch ein Abrufverfahren zugänglich machen:

- b. folgenden Stellen im Bundesamt für Polizei (fedpol):
 - 1. der Abteilung Recht und Massnahmen: ausschliesslich zum Erlass von Verfügungen von Fernhaltungsmassnahmen zur Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz nach dem Bundesgesetz vom 21. März 1997⁷ über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) sowie zur Prüfung von Entfernungs- und Fernhaltungsmassnahmen nach dem AIG⁸,
- n. dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB):
 - 1. zur Personenidentifikation für das frühzeitige Erkennen und Verhindern von Bedrohungen für die innere oder äussere Sicherheit nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a des Nachrichtendienstgesetzes vom 25. September 2015⁹ (NDG),
 - 2. zur Erfüllung seiner Aufgaben bei Überprüfungen im Zusammenhang mit der Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit nach dem BÜG¹⁰, dem AIG und dem AsylG,
 - 3. zur Prüfung von Entfernungs- und Fernhaltungsmassnahmen nach dem AIG;

Anhang

Anhang 1 wird gemäss Beilage geändert.

5. Ausweisverordnung vom 20. September 2002¹¹

Anhang

Anhang 1 erhält die neue Fassung gemäss Beilage.

⁶ SR 142.513

⁷ SR 120

⁸ SR 142.20

⁹ SR 121

¹⁰ SR 141.0

¹¹ SR 143.11

6. Organisationsverordnung vom 17. November 1999¹² für das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement

Art. 11a Abs. 3

³ Fedpol kann zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben mit den kantonalen Strafverfolgungsbehörden Vereinbarungen operativer, technischer und administrativer Natur selbstständig abschliessen.

7. Verordnung vom 7. November 2012¹³ über den ausserprozessualen Zeugenschutz

Art. 2 Abs. 3

³ Dem Antrag sind diejenigen Unterlagen beizulegen, die für dessen Prüfung notwendig sind, soweit sie nicht von der Zeugenschutzstelle anderweitig beschafft werden können, insbesondere Verfahrensakten zur Beurteilung der Gefährdung der schutzsuchenden Person.

Art. 5 Sachüberschrift und Abs. 4

Beendigung auf Begehren der zu schützenden Person

⁴ Nach Ablauf der Bedenkfrist beendet die Direktorin oder der Direktor des Bundesamtes für Polizei das Zeugenschutzprogramm.

Einfügen vor dem Gliederungstitel des 4. Abschnitts

Art. 5a Beendigung auf Antrag der Zeugenschutzstelle

¹ Ist die betroffene Person nicht mehr gefährdet oder verletzt sie die vereinbarten Pflichten, so kann die Direktorin oder der Direktor des Bundesamtes für Polizei auf Antrag der Zeugenschutzstelle das Zeugenschutzprogramm beenden.

¹² SR 172.213.1

¹³ SR 312.21

² Bis zum rechtskräftigen Abschluss eines Strafverfahrens ist vor der Beendigung des Zeugenschutzprogramms Rücksprache mit der zuständigen Verfahrensleitung zu nehmen und, sofern sich dieses im Haupt- oder im Rechtsmittelverfahren befindet, zusätzlich mit der Staatsanwaltschaft.

Art. 5b Mitteilung der Beendigung

Die Zeugenschutzstelle eröffnet der betroffenen Person die Beendigung des Zeugenschutzprogramms mittels Verfügung. Die Eröffnung hat im Beisein der betroffenen Person zu erfolgen. Ist dies nicht möglich, so versucht die Zeugenschutzstelle auf anderem Weg sicherzustellen, dass die betroffene Person von der Beendigung erfährt.

Art. 18

Aufgehoben

Art. 19 Kosten für den Betrieb der Zeugenschutzstelle

¹ Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement vereinbart mit den Kantonen die Aufteilung der Betriebskosten der Zeugenschutzstelle.

² Wird keine Einigung erzielt, so tragen Bund und Kantone die Kosten für den Betrieb der Zeugenschutzstelle zu gleichen Teilen. Der Anteil der Kantone wird nach Massgabe ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung der Schweiz aufgeteilt. Das Bundesamt für Statistik liefert die erforderlichen Angaben gestützt auf die Daten des Vorjahrs.

³ *Bisheriger Art. 19*

Art. 20 Umfangreiche Beratungs- und Unterstützungsleistungen

¹ Als umfangreiche Beratungs- und Unterstützungsleistungen nach Artikel 35 Absatz 1 ZeugSG gelten Leistungen nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe e ZeugSG, deren Umfang, Dauer, Art oder Komplexität weit über das übliche Mass der im Rahmen der allgemeinen polizeilichen Amtshilfe für kantonale Behörden erbrachten Leistungen hinausgeht.

² Darunter können insbesondere folgende Leistungen fallen:

- a. Einsätze von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Zeugenschutzstelle für Beratung und Unterstützung der ersuchenden Behörde;
- b. Leistungen Dritter wie Fahrzeugmiete oder Unterbringung.

Art. 21 Vergütung der umfangreichen Beratungs- und Unterstützungsleistungen

¹ Aufwendungen der Zeugenschutzstelle nach Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe a werden zu einem Ansatz von 150 Franken pro Person und Stunde vergütet; pro Person und Tag beträgt die Vergütung jedoch höchstens 1000 Franken.

² Für Leistungen Dritter ist der von diesen in Rechnung gestellte Betrag zu vergüten.

Art. 22 Umfangreiche Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Vorfeld von Zeugenschutzprogrammen

Wird eine zu schützende Person in ein Zeugenschutzprogramm aufgenommen, so werden die im Vorfeld durch die Zeugenschutzstelle geleisteten umfangreichen Beratungs- und Unterstützungsleistungen nicht in Rechnung gestellt. Vorbehalten sind Leistungen Dritter nach Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe b.

Art. 23 Anrechnung der vergüteten Leistungen

Die von den Kantonen vergüteten Beratungs- und Unterstützungsleistungen werden von den geschuldeten Betriebskosten des entsprechenden Kantons in Abzug gebracht.

Art. 24 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 Bst. b

¹ Das Bundesamt für Polizei stellt die Rechnung:

- b. für die geschuldeten Betriebskosten (Art. 34 Abs. 3 ZeugSG): direkt den zuständigen kantonalen Behörden;

² Die Zeugenschutzstelle erstellt als Beilagen zur Rechnung:

- b. eine Abrechnung der geschuldeten Betriebskosten;

8. Verordnung vom 30. November 2001¹⁴ über die Wahrnehmung kriminalpolizeilicher Aufgaben im Bundesamt für Polizei

Art. 1 Bst. e

Die Bundeskriminalpolizei im Bundesamt für Polizei (fedpol) erfüllt Aufgaben:

- e. als Zentralstelle für die Bekämpfung des Menschenhandels nach Artikel 5 Absatz 1 des Übereinkommens vom 16. Mai 2005¹⁵ zur Bekämpfung des Menschenhandels;

¹⁴ SR 360.1

¹⁵ SR 0.311.543

Art. 3 Abs. 1 und 3 erster Satz

¹ Als Zentralstelle zur Bekämpfung des organisierten und international tätigen Verbrechens nimmt die Bundeskriminalpolizei in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Internationale Polizeikooperation von fedpol die Aufgaben nach Artikel 2a Buchstaben a, b, d, e und f ZentG wahr.

³ Für die Aufgabe nach Artikel 2a Buchstabe c ZentG ist die Bundeskriminalpolizei zuständig. Zu dieser Aufgabe gehört die Analyse von Daten in Bezug auf Tätergruppen, insbesondere deren Herkunft, Zusammensetzung, Delinquenz und Eigenart, sowie hinsichtlich Deliktsarten und Verbrechensbehebungsmethoden, ferner Lageberichte, welche zuhanden des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements und der Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Kantone erstellt werden. Sie können in anonymisierter Form auch weiteren Behörden und Organisationen zugänglich gemacht werden, soweit es für deren Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Auf eine Anonymisierung kann verzichtet werden, wenn die Öffentlichkeit über die Identität der betroffenen Personen und die sie betreffenden Sachverhalte bereits durch eine Strafverfolgungsbehörde informiert ist. Die Weitergabe von Personendaten nach den Artikeln 5–7 bleibt vorbehalten.

Art. 3a Ersatznachweis

¹ Der Ersatznachweis nach Artikel 23n Absatz 8 des Bundesgesetzes vom 21. März 1997¹⁶ über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) muss folgende Daten enthalten:

- a. über die Person, deren Reisedokument beschlagnahmt oder sichergestellt worden ist:
 1. Foto,
 2. Namen und Vornamen,
 3. Geschlecht,
 4. Geburtsort,
 5. Geburtsdatum,
 6. Heimatorte,
 7. Staatsangehörigkeiten,
 8. Körpergrösse,
 9. Unterschrift;
- b. über das beschlagnahmte oder sichergestellte Reisedokument, falls vorhanden:
 1. Kategorie,
 2. Nummer,

¹⁶ SR 120

3. Ausstellungsdatum,
 4. Gültigkeitsdauer;
- c. einen Vermerk, dass die Person nicht aus der Schweiz ausreisen darf.
- ² Handelt es sich bei der Person um eine Ausländerin oder einen Ausländer, so enthält der Ersatznachweis keine Daten zum Heimatort und zur Staatsangehörigkeit.
- ³ Wird ein ausländisches Reisedokument sichergestellt (Art. 23n Abs. 2 Bst. b BWIS), so informiert fedpol die für Reisedokumente zuständige Stelle des Staatssekretariats für Migration.
- ⁴ Beschlagnahme oder sichergestellte Reisedokumente werden der Person zurückgegeben, sobald die Gründe für die Beschlagnahme oder Sicherstellung nicht mehr gegeben sind.

Art. 4 Abs. 1 Bst. b und h–j

¹ Folgende Behörden sind auf Ersuchen der Bundeskriminalpolizei zur Zusammenarbeit und Erteilung von Auskünften im Sinne von Artikel 4 ZentG verpflichtet:

- b. Polizeistellen; insbesondere Organe der Sicherheits- und Verwaltungspolizei des Bundes und der Kantone sowie die mit dem Vollzug des BWIS¹⁷ betrauten Behörden des Bundes;
- h. das Bundesamt für Umwelt;
- i. das Staatssekretariat für Wirtschaft;
- j. Behörden, die öffentliche Aufträge vergeben.

Art. 6 Abs. 2 Einleitungssatz sowie Bst. i und j

² Darüber hinaus kann die Bundeskriminalpolizei Personendaten folgenden Behörden unaufgefordert weitergeben, damit diese ihre gesetzlichen Aufgaben wahrnehmen können:

- i. den mit Personensicherheitsüberprüfungen und Schutzmassnahmen im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 Buchstaben a und b BWIS¹⁸ betrauten Bundesbehörden für deren Abklärungen, soweit es sich um gesicherte Informationen handelt;
- j. der zuständigen kantonalen Polizeistelle für Zuverlässigkeitsprüfungen nach den Artikeln 108b–108e des Luftfahrtgesetzes vom 21. Dezember 1948¹⁹ zur Abklärung des Sicherheitsrisikos, soweit es sich um gesicherte Informationen handelt.

¹⁷ SR 120

¹⁸ SR 120

¹⁹ SR 748.0

Art. 8 Abs. 3^{bis}

Aufgehoben

9. JANUS-Verordnung vom 15. Oktober 2008²⁰

Ersatz eines Ausdrucks

Im ganzen Erlass wird «Datenabgleichwerkzeug Terrorismus» ersetzt durch «Datenindex Terrorismus», mit den nötigen grammatikalischen Anpassungen.

Art. 3 Abs. 1 Einleitungssatz und Bst. b und f–i sowie Abs. 2

¹ Im JANUS werden Daten bearbeitet, die im Rahmen der Aufgaben der Bundeskriminalpolizei (BKP) in ihrer Funktion als Zentralstelle nach Artikel 2a ZentG erforderlich sind:

- b. zur Erkennung und Bekämpfung des organisierten Verbrechens nach den Artikeln 7 und 8 ZentG sowie Artikel 24 Absatz 1 der Strafprozessordnung (StPO)²¹;
- f. zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität nach Artikel 24 Absatz 2 StPO sowie den Artikeln 7 und 8 ZentG;
- g. zur Bekämpfung der Geldwäscherei nach Artikel 24 Absatz 1 StPO sowie den Artikeln 7 und 8 ZentG;
- h. zur Bekämpfung der Korruptionsdelikte nach Artikel 24 Absatz 1 StPO sowie den Artikeln 7 und 8 ZentG;
- i. zur Erkennung und Bekämpfung von Verbrechen und schweren Vergehen nach Artikel 3a ZentG.

² Im JANUS werden auch Daten bearbeitet, die zur Erfüllung der Aufgaben der Bundeskriminalpolizei zur Bekämpfung sowie zur Verfolgung der übrigen unter die allgemeine Bundesgerichtsbarkeit gemäss Artikel 23 StPO fallenden Delikte notwendig sind, soweit diese in die Zuständigkeit des Bundes fallen und vor Hängigkeit der Strafverfahren bearbeitet werden. Diese Daten werden von den Daten gemäss den Absätzen 1 und 5 getrennt bearbeitet.

Art. 8 Abs. 2 Bst. a und 8 erster Satz

²⁰ SR 360.2

² Zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens werden Daten bearbeitet über:

- a. Organisationen, gegen die hinreichende Verdachtsgründe vorliegen, dass es sich um kriminelle Vereinigungen nach Artikel 260^{ter} des Strafgesetzbuchs²² handelt;

⁸ Im JANUS dürfen vorübergehend Daten über die Koordination internationaler oder interkantonalen Ermittlungen im Sinne von Artikel 2a Buchstabe b ZentG bearbeitet werden. Diese Daten werden in einer gesonderten Datenkategorie bearbeitet. Der Kontrolldienst überprüft sie spätestens drei Jahre nach deren Erfassung und löscht sie, wenn sie nicht nach Massgabe der Absätze 1–7 bearbeitet werden können.

Art. 11 Abs. 1 Bst. k

¹ Folgende Stellen haben, soweit es zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufträge notwendig ist, durch ein Abrufverfahren Zugriff (Online-Zugriff) auf das JANUS:

- k. die für die Strafverfolgung, die Risikoanalyse sowie die Personenkontrolle an der Grenze und im Inland eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit.

Art. 19 Abs. 1 Bst. i und Abs. 2 Bst. h

¹ Die Bundeskriminalpolizei kann, soweit dies zur Erlangung der von ihr benötigten Auskünfte und zur Begründung ihrer Amtshilfeersuchen nötig ist, im JANUS gespeicherte Personendaten folgenden weiteren Empfängern bekannt geben:

- i. Bundesbehörden, die mit Personensicherheitsüberprüfungen und Schutzmassnahmen im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 Buchstaben a und b BWIS²³ betraut sind;

² Darüber hinaus kann die Bundeskriminalpolizei im JANUS gespeicherte Personendaten folgenden Behörden auf Anfrage bekannt geben, soweit die Daten zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe der anfragenden Behörde erforderlich sind:

- h. den mit Personensicherheitsüberprüfungen und Schutzmassnahmen im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 Buchstaben a und b BWIS betrauten Bundesbehörden für deren Abklärungen, soweit es sich um gesicherte Informationen handelt.

Art. 29p

Aufgehoben

²² SR 311.0

²³ SR 120

Art. 29q Informationsabgleich

Für den Informationsabgleich nach Artikel 17a Absatz 2 BPI setzt fedpol dem Stand der Technik entsprechende Technologien ein. Es stellt sicher, dass keine Personendaten unrechtmässig bearbeitet werden.

Art. 29s

Aufgehoben

Art. 29v Abs. 2

² Ein Recht auf Einsicht vor Ort in den Datenindex Terrorismus wird nicht gewährt.

Anhang

Anhang 2 wird gemäss Beilage geändert.

10. RIPOL-Verordnung vom 26. Oktober 2016²⁴

Art. 6 Abs. 1 Bst. u

¹ Folgende Behörden können zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben Daten mittels Abrufverfahren direkt abfragen:

- u. die Transportpolizei: nach Ausschreibungen von Personen und ungeklärten Straftaten.

Anhang

Anhang 1 wird gemäss Beilage geändert.

11. Zollverordnung vom 1. November 2006²⁵

Art. 221f Abs. 2

Aufgehoben

²⁴ SR 361.0

²⁵ SR 631.01

12. Verordnung vom 15. November 2017²⁶ über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs

Art. 11 Abs. 1 Bst. d^{bis}

¹ Ausserhalb der Normalarbeitszeiten und an den Feiertagen stellt der Dienst ÜPF einen Pikettdienst mit folgenden Leistungen zur Verfügung:

- d^{bis}. die Beauftragung von Mobilfunklokalisierungen terroristischer Gefährderinnen und Gefährder gemäss Artikel 68a;

Art. 12 Abs. 1 Bst. f und Abs. 2 Bst. c

¹ Der Dienst ÜPF veröffentlicht jährlich eine Statistik über die im abgelaufenen Kalenderjahr angeordneten Überwachungen sowie über die erteilten Auskünfte. Diese zeigt insbesondere die Anzahl:

- f. der Mobilfunklokalisierungen terroristischer Gefährderinnen und Gefährder.

² Aus der Statistik gemäss Absatz 1 sind ersichtlich:

- c. der Typ der Auskunft, der Überwachung, der Notsuche, der Fahndung beziehungsweise der Mobilfunklokalisierung terroristischer Gefährderinnen und Gefährder;

Art. 28 Abs. 5

⁵ Die betreffenden Anbieterinnen müssen die Mobilfunklokalisierung terroristischer Gefährderinnen und Gefährder mittels Echtzeitüberwachung von Randdaten bei Netzzugangsdiensten und Anwendungen durchführen (Art. 68a).

Art. 56 Abs. 1 Einleitungssatz (Betrifft nur den französischen Text) sowie Bst. b und b^{bis}

¹ Der Überwachungstyp RT_24_TEL_IRI umfasst die Echtzeitüberwachung eines Telefonie- und Multimediadienstes und, falls zutreffend, der mit diesem konvergierenden Dienste, insbesondere SMS, Voice Mail und RCS. Es sind die folgenden Randdaten des Fernmeldeverkehrs, der über die überwachten Dienste gesendet, bearbeitet oder empfangen wird, in Echtzeit zu übermitteln:

- b. die verwendeten AAA-Informationen der überwachten Dienste und die Informationen über Registrierungs- und Subskriptionereignisse sowie die entsprechenden Antworten, insbesondere der Teilnehmeridentifikator (z. B. SIP URI, IMPI) und bei Mobilfunk die IMSI;

b^{bis}. soweit zutreffend, die IP-Adressen und Portnummern des Clients und des Servers sowie die Angaben zum benutzten Protokoll;

Gliederungstitel vor Art. 67

11. Abschnitt: Notsuche, Fahndung und Mobilfunklokalisierung terroristischer Gefährderinnen und Gefährder

Einfügen vor dem Gliederungstitel des 12. Abschnitts

Art. 68a Überwachungstyp ML_50_RT: Mobilfunklokalisierung terroristischer Gefährderinnen und Gefährder in Echtzeit

¹ Für die Mobilfunklokalisierung terroristischer Gefährderinnen und Gefährder gemäss Artikel 23q Absatz 3 des Bundesgesetzes vom 21. März 1997²⁷ über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit kann der Überwachungstyp ML_50_RT angeordnet werden.

² Er umfasst die Kombination der Echtzeitüberwachung der für die Mobilfunklokalisierung erforderlichen Randdaten bei mobilen Netzzugangsdiensten, bei mobilen Telefonie- und Multimediadiensten und, falls zutreffend, bei den mit diesen konvergierenden mobilen Diensten, insbesondere SMS, Voice Mail und RCS.

³ Bei mobilen Netzzugangsdiensten sind die Randdaten des Fernmeldeverkehrs nach Artikel 54 Absatz 2 Buchstaben a–c, g und h sowie Absatz 3 zu übermitteln.

⁴ Bei mobilen Telefonie- und Multimediadiensten sowie mit diesen konvergierenden mobilen Diensten sind die Randdaten des Fernmeldeverkehrs nach Artikel 56 Absatz 1 Buchstaben a, b, d und e Ziffern 1 und 9 sowie Absatz 2 zu übermitteln.

Art. 74a Übergangsbestimmung zur Änderung vom ... betreffend die Mobilfunklokalisierung terroristischer Gefährderinnen und Gefährder

¹ Der Dienst ÜPF passt sein Verarbeitungssystem innerhalb von 12 Monaten nach der Erneuerung der Echtzeitsystemkomponente des Verarbeitungssystems an, um die Mobilfunklokalisationen terroristischer Gefährderinnen und Gefährder standardisiert durchführen und in der Statistik erfassen zu können.

² Die FDA mit Ausnahme derjenigen mit reduzierten Überwachungspflichten (Art. 51) und die Anbieterinnen abgeleiteter Kommunikationsdienste mit weitergehenden Überwachungspflichten (Art. 52) passen ihre Systeme innerhalb von 12 Monaten nach der Erneuerung der Echtzeitsystemkomponente des Verarbeitungssystems an, um die

²⁷ SR 120

Mobilfunklokalisierungen terroristischer Gefährderinnen und Gefährder (Art. 68a) standardisiert durchführen zu können.

³ Solange die Mobilfunklokalisierungen terroristischer Gefährderinnen und Gefährder noch nicht standardisiert nach Artikel 68a durchgeführt werden können, führen die Anbieterinnen stattdessen die Überwachungstypen nach Artikel 54 sowie bei Bedarf nach den Artikeln 56 und 63 aus. Der Dienst ÜPF leitet den berechtigten Behörden die Daten nach den Artikeln 54 und 63 weiter. Die Daten nach Artikel 56 leitet der Dienst ÜPF nur im Umfang von Artikel 68a weiter. Kann sein Verarbeitungssystem diese Filterung nicht sicherstellen, so leitet er keine Daten weiter. Daten, die er nicht weiterleitet, vernichtet er. Die Gebühren und Entschädigungen richten sich nach den angeordneten Überwachungstypen (Art. 54, 56 und 63).

13. Verordnung vom 15. November 2017²⁸ über die Gebühren und Entschädigungen für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs

Ingress

gestützt auf Artikel 38 Absatz 4 und 38a des Bundesgesetzes vom 18. März 2016²⁹ betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF),

Art. 1 Gegenstand

Diese Verordnung regelt im Bereich der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs:

- a. die Kostenbeteiligung der anordnenden Behörden in Form von Gebühren;
- b. die Entschädigungen zugunsten der Mitwirkungspflichtigen.

Art. 5 Abs. 1^{bis}

^{1bis} Bei der Mobilfunklokalisierung einer terroristischen Gefährderin oder eines terroristischen Gefährders nach Artikel 23q des Bundesgesetzes vom 21. März 1997³⁰ über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit stellt der Dienst ÜPF derjenigen Behörde Rechnung, die die Lokalisierung über Mobilfunk beim Bundesamt für Polizei beantragt hat.

²⁸ SR 780.115.1

²⁹ SR 780.1

³⁰ SR 120

Anhang

Der Anhang wird gemäss Beilage geändert.

14. Verordnung vom 15. November 2017³¹ über das Verarbeitungssystem für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs

Art. 13 Abs. 1 Bst. d^{bis}

¹ Die Überwachungsdaten stehen den Behörden mittels Abrufverfahren mit sämtlichen Bearbeitungsfunktionen gemäss Artikel 5 maximal bis zu folgendem Zeitpunkt zur Verfügung:

- d^{bis}. 100 Tage nach Abschluss der Mobilfunklokalisierung einer terroristischen Gefährderin oder eines terroristischen Gefährders gemäss Artikel 23q Absatz 3 des Bundesgesetzes vom 21. März 1997³² über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit; besteht gemäss Artikel 11 Absatz 4^{ter} BÜPF ein konkreter Grund zur Annahme, dass die Daten in einem Strafverfahren benötigt werden, so ist Buchstabe a anwendbar; oder

II

Diese Verordnung tritt am 1. Juni 2022 in Kraft.

[...] 2022

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Ignazio Cassis

Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr

³¹ SR 780.12

³² SR 120

*Beilage zur Änderung der Verordnung über verwaltungspolizeiliche Massnahmen des Bundesamtes für Polizei und über das Informationssystem HOOGAN
(Ziff. I/1)*

*Anhang
(Art. 9 Abs. 6)*

Datenfelder und Bearbeitungsrechte

L	=	Lesen
A	=	Aktualisieren
V	=	Vernichten
R-Aktiv	=	nur Personen und untergeordnete Objekte, gegen die im Zeitpunkt der Anfrage eine Massnahme verhängt ist
H	=	Bereich Hooliganismus
ISC	=	Informatik Service Center EJPD
BAZG	=	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit
E	=	Städte-Polizei
F	=	Grenzstellen
R	=	Kantonale Polizei

			Vollzugriff auf HOOGAN im Bereich Produktion						Kurzzugriff auf HOOGAN via RIPOL	
			Dienststelle						Organisations- einheiten E, F, R	
Datenbereiche	Datenfelder	Bearbeitungsrecht	Rolle						Benutzer/in via RIPOL	Benutzeradminis- trator/in RIPOL
Person	Personalien, Adresse, Massnahmen, Massnahmenverstösse, Per- sonenereignis, Beziehung	vorerfassen	fedpool Voranalyse	fedpool H	BAZG, Kantone	fedpool H	fedpool H, ISC	Kantone	-	-
		verifizieren	-	fedpool Quali- tätssicherung	-	-	-	-	-	-
		erfassen	-	Benutzer/in	-	-	-	-	-	-
		zurückweisen	-	Adminis- trator/in	-	-	-	-	-	-
		vernichten	-	technische/r Ad- ministrator/in	-	-	-	-	-	-
		archivieren	-	Sachbear- beiter/in	-	-	-	-	-	-
Veranstaltungen	Ereignis	erfassen	LAV	LAV	-	-	-	LAV	-	-
		vernichten	-	LAV	-	-	-	-	-	-
	Sportveranstaltungsbericht	vorerfassen	-	-	-	-	-	LAV	-	-
		verifizieren	-	LA	-	-	-	-	-	-
		erfassen	-	LA	-	-	-	-	-	-
		zurückweisen	-	LA	-	-	-	-	-	-
vernichten	-	LAV	-	LAV	-	-	-	-		
Person / Veranstaltung	Alle Datenfelder	operative Daten	L	LA	L	L	-	L	R-Aktiv	-
Funktion										
		Stammdatenverwaltung	-	-	-	LAV	LAV	-	-	-
		Benutzeradministration	-	-	-	-	-	-	-	LAV

*Beilage zur Änderung der Nachrichtendienstverordnung
(Ziff. 1/2)*

*Anhang 3
(Art. 32 Abs. 1)*

Bekanntgabe von Personendaten an inländische Behörden und Amtsstellen

Ziff. 9.3.13

Der NDB gibt den schweizerischen Strafverfolgungsbehörden Personendaten unter den in Artikel 60 Absätze 2–4 NDG genannten Voraussetzungen bekannt; den Aufsichtsbehörden gibt er die Daten vorbehaltlos bekannt.

Der NDB kann den folgenden inländischen Behörden und Amtsstellen Personendaten unter den in Artikel 60 NDG genannten Voraussetzungen zu den nachstehend aufgeführten Zwecken bekannt gegeben:

9. dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement:
 - 9.3 dem fedpol:
 - 9.3.13 zur Bearbeitung von Aufgaben nach dem Bundesgesetz vom 21. März 1997³³ über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit;

*Beilage zur Änderung der ZEMIS-Verordnung
(Ziff. I/4)*

*Anhang I
(Art. 4 Abs. 3)*

Berechtigungen zur Abfrage und Bearbeitung der Daten

Zeichenerklärung

Eintrag Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

...

BAZG Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

...

Eintrag Bundesamt für Polizei

...

Fedpol Bundesamt für Polizei

– I Abteilung Recht und Massnahmen

– II Bundeskriminalpolizei (BKP)

– III Nationales Zentralbüro INTERPOL, Abteilung Einsatzzentrale (insb. SIRENE-Büro), Abteilung Ausweise und Zentralstellen, Abteilung biometrische Identifikation, Meldestelle für Geldwäscherei (MROS)

– IV Abteilung Fahndung und Aufsicht

...

*Beilage zur Änderung der Ausweisverordnung
(Ziff. 1/5)*

*Anhang 1
(Art. 30 Abs. 1)*

**Berechtigung zur Bearbeitung oder Abfrage
von im ISA gespeicherten Daten**

A = Abfrage; E = Eingabe und Abfrage

Datenfeldname	Bund							Kantone		Dritte		
	Fedpol Aw	Fedpol Pol	EDA Ext AsB	EDA Int AsB	EDA Int Red	GWK	NDB	Kant. AsB	Kant. PPS	Pol St ID-Abkl	Pol St Verlust	Asf St
Datensatz Ausweis und Datenbank												
I. Ausweisdaten												
Amtlicher Name nach Art. 2 Abs. 1 Bst. a AwG oder Allianzname	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	
Vorname(n), Bst. b	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	
Geschlecht, Bst. c	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	
Geburtsdatum, Bst. d	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	
Heimatort, Bst. e	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	
Nationalität, Bst. f	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	E
Grösse, Bst. g	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	
Unterschrift, Bst. h	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	
Fotografie, Bst. i / digitalisierte Fotografie, Art. 14a Abs. 1 Bst. b VAWG	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	E
Fingerabdrücke, Art. 14a Abs. 1 Bst. c VAWG	E	A ¹	E ¹	E ¹		A ¹	A ¹	E ¹	E ¹	A ¹		
Ausstellende Behörde, Bst. j AwG	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	
Datum der Ausstellung, Bst. k	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	E
Datum Gültigkeitsablauf, Bst. l	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	E
Ausweisnummer, Bst. m	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	E
Ausweisart, Bst. n	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	

Datenfeldname	Bund								Kantone		Dritte		
	Fedpol Aw	Fedpol Pol	EDA Ext AsB	EDA Int AsB	EDA Int Red	GWK	NDB	Kant. AsB	Kant. PPS	Pol St ID-Abkl	Pol St Verlust	Asf St	
1 Nur Vergleich, keine Anzeige auf dem Bildschirm und kein Datenexport möglich.													
Maschinenlesbare Zone, Art. 2 Abs. 2 AwG	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	E	
Einschränkung Geltungsbereich, Abs. 3	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A		
Von der Antragstellerin / vom Antragsteller verlangte Eintragungen, Abs. 4	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A		
Gesetzliche Vertretung von Minderjährigen, Abs. 5	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A		
II. Zusatzdaten in Datenbank													
Antragstellende Behörde, Art. 11 Abs. 1 Bst. a AwG	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A		
Antragsnummer	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A		
Antragsdatum	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A		
Geschäftsnummer	E		E	E	A			E	E				
Dossiernummer	E		E	E	A			E	E				
Antragsart	E		E	E	A			E	E				
Antragsgrund	E		E	E	A			E	E				
Bemerkungen zum Antrag	E		E	E	A			E	E				
Akten zum Antrag	E		E	E	A			E	E				
Reiseersatzdokumente	E		E		A	A	A	A	A	A			
Eingabedatum	E		E	E	A			E	E				
Produktionsstätte	E		E	E	A			E	E			E	
Produktionszustand	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A	E	
Versandnummer	E		E	E	A			E	A			E	
Sprachcode	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A		
Zustelldatum Produzent	E		E	E	A			E				E	
Verrechnungsart	E		E	E	A			E	E				

Datenfeldname	Bund								Kantone		Dritte		
	Fedpol Aw	Fedpol Pol	EDA Ext AsB	EDA Int AsB	EDA Int Red	GWK	NDB	Kant. AsB	Kant. PPS	Pol St ID-Abkl	Pol St Verlust	Asf St	
Produktionsbestätigung	E		E	E	A			E				E	
Versanddatum	E		E	E	A			E				E	
Wohnadresse	E		E	E	A			E	E				
Kontaktdaten	E		E	E	A			E	E				
Versandadresse	E		E	E	A			E	E				
Geburtsort, Art. 11 Abs. 1 Bst. b AwG	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A		
Namen und Vornamen der Eltern, Bst. d	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A		
AHV-Versichertennummer	A												
Datum der Erst- und der Neuausstellung, Bst. e	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A		
Änderungen der im Ausweis aufgeführten Daten	E	A	E	E	A	A	A	E	E	A	A		
Einträge über Schriftensperre, Bst. f	E		E	E	A			E	A				
Ausweishinterlegung	E	A	E	E	A	A	A	E	A	A	A		
Verweigerung	E	A	E	E	A			E	A				
Verlustanzeige/-revokation	E		E	E	A			E	A		E		
Entzug	E	A	E	E	A	A	A	E	A	A	A		
Schutzmassnahmen für Minderjährige/Entmündigte, Bst. g	E		E	E	A			E	A				
Unterschrift/en der gesetzlichen Vertretung bei Ausweisen für Minderjährige, Bst. h	E		E	E	A			E	E				
Verlust und Widerruf des Bürgerrechts, Bst. i	E		E	E	A			E	A				
Besonderheiten diplomatische und konsularische Ausweise, Bst. j (besonderes Feld)	A			E									
Ausweiszustand	E	A	E	E	A	A	A	E	A	A	A		

Abkürzungen:

Fedpol Aw: Bundesamt für Polizei, Sektion Ausweisschriften
(zuständige Stelle des Bundes, Art. 12 Abs. 1 Bst. a AwG)

Fedpol Pol:	Bundesamt für Polizei als zuständige Polizeistelle des Bundes (Art. 12 Abs. 2 Bst. d und f AwG sowie Art. 12 Abs. 3 AwG)
EDA Ext AsB:	EDA-externe ausstellende Behörde für Ausweise, provisorische Pässe und biometrische Pässe (Art. 12 Abs. 1 Bst. b AwG) = Auslandsvertretung
EDA Int AsB:	EDA-interne ausstellende Behörde für biometrische Diplomaten- und Dienstpässe und provisorische Pässe (Art. 12 Abs. 1 Bst. b AwG)
EDA Int Red:	EDA-interne Behörde zur Ausstellung von Reiseersatzdokumenten
GWK:	Grenzwachtkorps (Art. 12 Abs. 2 Bst. c AwG)
NDB:	Nachrichtendienst des Bundes (Art. 12 Abs. 2 Bst. g AwG)
Kant. AsB:	kantonale ausstellende Behörde (Art. 12 Abs. 1 Bst. b AwG)
Kant. PPS:	kantonale ausstellende Behörde für provisorische Pässe (Art. 12 Abs. 1 Bst. b AwG)
Pol St ID-Abkl:	von den Kantonen bezeichnete Polizeistellen zur Identitätsabklärung (Art. 12 Abs. 2 Bst. d AwG)
Pol St Verlust:	von den Kantonen bezeichnete Polizeistellen zur Aufnahme von Verlustmeldungen (Art. 12 Abs. 2 Bst. e AwG)
Asf St:	Ausfertigungsstelle für ordentliche Ausweise (Art. 12 Abs. 1 Bst. c AwG)

1. Zugriffsmatrix JANUS

Ziff. 1.2

Eintrag «Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit» ersetzen sowie Eintrag «Kantonale Behörden» am Schluss der Tabelle einfügen.

1.2 System Bundesdelikte (Art. 11 und 18 BPI)

Stelle	PV		JO			AN	PR	ER	GA	Intranet		Blüte
	Personalien und Vorgänge	Auswertung PV (intern)	Detail Telefonkontrolle	Detail Journal	Auswertung JO (intern)	Analyse (mit Analyse-Tool)	Polizeiapportierung	Ereignisprotokolle Tagesjournale	Geschäftskontrolle Aktenverwaltung	Mail	Polizeiliche Informationen	Falschgeldtypen und -techniken
...												
Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit												
Fachliche Anwendungsverantwortliche (FAV) Grenzkontrollsysteme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	A	G	-
Technische Anwendungsverantwortliche (TAV) Grenzkontrollsysteme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	A	G	-
DB Strafverfolgung												
Mitarbeitende Vorermittlung und Zollfahndung	G	G	-	G	G	-	-	-	-	A	G	-
DB Risikoanalyse												
C Direktionsbereich	G	G	-	G	G	-	-	-	-	A	G	-
Abteilung Risikoanalyse (C und Mitarbeitende)	G	G	-	G	G	G	-	-	-	A	G	-
Abteilung Information und Lage (C und Mitarbeitende)	G	G	-	G	G	G	-	-	-	A	G	-
Sektion Nachrichtennetzwerk (C und Mitarbeitende)	G	G	-	G	G	G	-	-	-	A	G	-
DB Operationen												
Einsatzzentralen (C und Mitarbeitende)	G	G	-	G	G	-	-	-	-	A	G	-
Verbindungsbüros und CCPD (C und Mitarbeitende)	G	G	-	G	G	-	-	-	-	A	G	-
Kantonale Behörden												
Fremdenpolizei der Stadt Bern (FREPO Bern)	G	G	G	G	G	-	-	-	-	A	G	-

Berechtigung zur Bearbeitung oder Ansicht von im RIPOL gespeicherten Daten

A = Ansicht
M = Mutation

Abkürzungen:

fedpol	Bundesamt für Polizei	SM	Schweizerisches Heilmittelinstitut (Swissmedic)
BA	Bundesanwaltschaft	KAPO	Polizeibehörden der Kantone
BJ	Bundesamt für Justiz	MIGRA	Kantonale, regionale und kommunale Ausländerbehörden, Ausländerbehörden des Fürstentums Liechtenstein
SEM	Staatssekretariat für Migration	SVA	Strassenverkehrsämter
BD EJPD	Beschwerdedienst des EJPD	SECO/KAA	Staatssekretariat für Wirtschaft, kantonale und kommunale Arbeitsämter
BAZG ZoG	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit: Zollfahndung und GWK	GSR	Gemeinde-, Stadt- und Regionalpolizei
BAZG ZIV	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit ohne Zollfahndung und GWK	LV	Vollzugsbehörden von Landesverweisungen
TPO	Transportpolizei		
ZISt	Zentrale Inkassostelle der Finanzverwaltung	StraMa	Straf- und Massnahmenvollzugsbehörden
ESBK	Eidgenössische Spielbankenkommission	EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
MJ	Militärjustizbehörden	IP	Interpolstellen und Generalsekretariat
NDB	Nachrichtendienst des Bundes	Mil Sich	Militärische Sicherheit
PPSP	für Personensicherheitsprüfungen zuständige Behörden des Bundes	AwGB	Ausstellende Behörden gem. Ausweisgesetz
ZIVI	Bundesamt für Zivildienst		

	fedpol	BA	BJ	SEM	BD EJPD	BAZG ZoG	BAZG ZIV	TPO	ZISt	ESBK	MJ	NDB	PPSP	ZIVI	SM	KAPO	MIGRA	SVA	SECO/KAA	GSR	LV	StraMa	EDA	IP	Mil Sich	AwGB
1. Personen-Datenbank																										
<i>a. Personendatensatz:</i>																										
Datenherkunft, Daten von:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A
Warnung:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A
Name, Ledigname, Vorname, Geschlecht:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A
Geburtsdatum, -land, -ort:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A
Staatsangehörigkeit, Heimatort:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A
Name und Vorname von Mutter und Vater:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A

	fedpol	BA	BJ	SEM	BD EJPD	BAZG ZoG	BAZG ZIV	TPO	Zist	ESBK	MJ	NDB	PPSP	ZIVI	SM	KAPO	MIGRA	SVA	SECO/KA	GSR	LV	StraMa	EDA	IP	Mil Sich	AwGB	
Zivilstand:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Name und Vorname der Ehefrau / des Ehemannes:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Original- und aktive/r Datenbesitzer/in:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Erfassung (Erfasser/in, Eingabedatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Mutation (für die Mutation zuständige Person, Mutationsdatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
WEB:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Ausweis, -nummer, Ausstellungsland, Herkunft:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	A	A		A	M	M	A	A			A	
Identifikationshinweis, Hinweis, Herkunft:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Akte, Aktennummer, Herkunft:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Bild (Foto), -name, Herkunft, Eingabedatum, Dateiname:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
<i>b. Zusatzpersonalie:</i>																											
Namensart, Status:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Datenherkunft, Daten von:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Original- und aktive/r Datenbesitzer/in:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Erfassung (Erfasser/in, Eingabedatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Mutation (für die Mutation zuständige Person, Mutationsdatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Name, Ledigname, Vorname, Geschlecht:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Geburtsdatum, -land, -ort:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Staatsangehörigkeit, Heimatort:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Name und Vorname von Mutter und Vater:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Zivilstand:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Name und Vorname der Ehefrau / des Ehemannes:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Ausweis, -nummer, Ausstellungsland, Herkunft:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Identifikationshinweis, Hinweis, Herkunft:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Akte, Aktennummer, Herkunft:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Revokationsdatum, -grund und -hinweis:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	

	fedpol	BA	BJ	SEM	BD EIPD	BAZG ZoG	BAZG ZIV	TPO	ZIS	ESBK	MJ	NDB	PPSP	ZIVI	SM	KAPO	MIGRA	SV	SECO/KAA	GSR	LV	StraMa	EDA	IP	Mi Sich	AwGB	
<i>c. Signalement (bekannte Person):</i>																											
Signalement (automatisch generierte Nummer):	A	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A			A	
Erfassung (Erfasser, Eingabedatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Original- und aktive/r Datenbesitzer/in:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Mutation (für die Mutation zuständige Person, Mutationsdatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Signalementart:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Körpergrösse, Statur, Alter, Geschlecht, Typ, Hautfarbe:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Gesicht, Bart:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Haarfarbe, -länge, -ton, Frisur, Perücke:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Augenfarbe, Sehhilfe (Brille):	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Sprache, gesprochene Worte:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Weitere Details:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Körpermerkmal, Körperteil, Position und Beschreibung:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
Revokationsdatum, -grund und -hinweis:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A		A	M	M	A	A			A	
<i>d. Fahndung:</i>																											
Fallnr. (automatisch generierte Nummer), Version:	A	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			A	A	A	A			A	
Erfassung (Erfasser/in, Eingabedatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Original- und aktive/r Datenbesitzer/in:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Mutation (für die Mutation zuständige Person, Mutationsdatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Typ, Status, Verbreitung, International (Ja/Nein):	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Dienststelle:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Fahndungsauftrag, -detail, Kanton, Gebiet:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Gesetzesartikel, Verjährung:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Verfügungsdatum:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Kontroll- und Verfalldatum:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Tatort, -datum:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Massnahmen-, Fahndungs-, Ausschreibungshinweis:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	

	fedpol	BA	BJ	SEM	BD EJPD	BAZG ZoG	BAZG ZIV	TPO	Zist	ESBK	MJ	NDB	PPSP	ZIVI	SM	KAPO	MIGRA	SVA	SECO/KAA	GSR	LV	StraMa	EDA	IP	MilSich	AwGB	
Amtsstelle:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Auftragsbehörde, Telefon, PC-Nr., Referenz, Aktenzeichen:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Gericht:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Urteilsdatum, Kontumazialurteil:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Widerruf-, Rechtskraftdatum:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Strafart, Dauer, Busse, Kosten:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
International (SIS, IP), Datum internationale Ausschreibung:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Entweichdatum, -ort:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Fallverbindung, Verbindungsgrund, Fahndungsart, Herkunft:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Dateiname, Dokumenttyp des Anhangs:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Revokationsdatum, -grund, und -hinweis:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Erfassung des Anhangs (Erfasser/in, Eingabedatum und -zeit), Dateiname und Beschreibung zum Dokument:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
<i>Meldung</i>																											
Gültigkeit der Meldung:	A	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			A	A	A	A			A	
Meldungstext:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
Grund für die Aufhebung der Meldung:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	M	A			M	M	A	A			A	
<i>Mitteilung</i>																											
Empfänger/in, Erfasser/in:	A	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			A	A	A	A			A	
Betreff, Mitteilungstext:	M	M	M	M	M	M		M	M	M	M	M	M	M	M	M	M			M	M	M	M			M	
2. Ungeklärte Straftaten																											
<i>a. Haupttätigkeit Sachfahndung:</i>																											
Sachfahndung (automatisch generierte Nummer), Version:	A	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A			A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	
Erfassung (Erfasser/in, Eingabedatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Original- und aktive/r Datenbesitzer/in:	M	A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	

	fedpol	BA	BJ	SEM	BD EIPD	BAZG ZoG	BAZG ZIV	TPO	ZIS	ESBK	MJ	NDB	PPSP	ZIVI	SM	KAPO	MIGRA	SWA	SECO/KAA	GSR	LV	StraMa	EDA	IP	Mi Sich	AwGB	
Mutation (für die Mutation zuständige Person, Mutationsdatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
WEB:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Anzeigedatum:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Rapportersteller/in und -datum:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Dienststelle:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Aktenart, -nummer und -besitzer/in:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Auftragsbehörde:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Tatort und -datum, Strasse, Koordinaten:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Warnung:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Gesetzesartikel, Detail zu kantonaler Rechtsetzung, Verjährung, Ende der Aufbewahrungsfrist:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Modus Operandi, Sachverhalt, Tathilfsmittel, Örtlichkeit, Bemerkung:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Deliktsgut und -betrag, Sachschaden:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Spurart und -beschreibung:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Deliktsart, Tätergruppe, Phänomen:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Erfassung des Anhangs (Erfasser/in, Eingabedatum und -zeit), Dateiname und Beschreibung zum Dokument:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Fahndung und Verbindungsgrund (Verbindungen zu anderen Fällen), Detail, Besitzer/in:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Revokationsdatum und -grund:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Teilaufklärungsdatum und -hinweis, -bemerkung:	M		A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
<i>b. Hauptentität Geschädigte/r, Zeuginnen/Zeugen, gesetzliche/r Vertreter/in, Inhaber/in, Finder/in:</i>																											
Geschädigte/r (automatisch generierte Nummer):	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			A	A	A	A	A		A	A		A	A	
Technischer Schlüssel zu externem System:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A		A	A	
Erfassung (Erfasser/in, Eingabedatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A		A	A	
Besitzer/in:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A		A	A	
Mutation (für die Mutation zuständige Person, Mutationsdatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A		A	A	
Beteiligungsart:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A		A	A	

	fedpol	BA	BJ	SEM	BD EJPD	BAZG ZoG	BAZG ZIV	TPO	Zist	ESBK	MJ	NDB	PPSP	ZIVI	SM	KAPO	MIGRA	SVA	SECO/KAA	GSR	LV	StraMa	EDA	IP	Mil Sich	AwGB	
Juristisch (natürliche oder juristische Person):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A		A	A	
Name, Vorname, Geschlecht, Firmenname:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A		A	A	
Geburtsdatum, Nationalität, Heimatort:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A		A	A	
Adressart, Adresse:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A		A	A	
Kontaktart, Nummer/Bezeichnung:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A		A	A	
<i>c. Hauptentität Signalement (unbekannte Person):</i>																											
Signalement (automatisch generierte Nummer):	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	
Erfassung (Erfasser/in, Eingabedatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Mutation (für die Mutation zuständige Person, Mutationsdatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Signalementart:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Körpergrösse, Statur, Alter, Geschlecht, Typ, Hautfarbe:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Gesicht, Bart:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Haarfarbe, -länge, -ton, Frisur, Perücke:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Augenfarbe, Sehhilfe (Brille):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Sprache, gesprochene Worte:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Weitere Details:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Körpermerkmal, Körperteil, Position und Beschreibung:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Revokationsdatum und -grund:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Ermittlungsort und -datum:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Foto und -nummer:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Erfassung (Erfasser/in, Eingabedatum und -zeit), Dateiname Standard und Beschreibung zur Foto:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
<i>d. Hauptentität Sache:</i>																											
Sache (automatisch generierte Nummer):	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	
Erfassung (Erfasser/in, Eingabedatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Mutation (für die Mutation zuständige Person, Mutationsdatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Erfassungsgrund:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	

	fedpol	BA	BJ	SEM	BD EIPD	BAZG ZoG	BAZG ZIV	TPO	ZIS	ESBK	MJ	NDB	PPSP	ZIVI	SM	KAPO	MIGRA	SVÄ	SECO/KAA	GSR	LV	StraMa	EDA	IP	Mi Sich	AwGB	
Ausschreibung SIS, ASF (Status):	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	
Anzahl, Sachbezeichnung:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Nation, Kanton:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Identifikationsnummer, Nummerart, Serie:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Marke, Modell/Typ:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Gravur/Bezeichnung, Gravurdatum:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Masseinheit, Kaliber, Material, Sachfarbe:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Bargeld (Währung und Betrag):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Beschreibung, Werk von, Sachwert:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Steinanzahl, -art, -farbe, -grösse und -beschreibung, Masseinheit:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Datenherkunft:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Foto und -nummer:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Erfassung (Erfasser/in, Eingabedatum und -zeit), Dateiname, Standard und Beschreibung zur Foto:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Revokationsdatum und -grund:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Ermittlungsort und -datum:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
<i>e. Hauptentität Fahrzeug:</i>																											
<i>Fahrzeugdatensatz:</i>																											
Fahrzeug (automatisch generierte Nummer):	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			A	A	A	A	A		A	A	A	A	A	
Erfassung (Erfasser/in, Eingabedatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Mutation (für die Mutation zuständige Person, Mutationsdatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Erfassungsgrund:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Fahrzeugart, Karosserieform, Marke, Typ, Farbe:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
VIN, Stammnummer, Motorennummer:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Typengenehmigung, weitere Details:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Datenherkunft:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Ausschreibung SIS, ASF (Status):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Foto und -nummer:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	

	fedpol	BA	BJ	SEM	BD EJPD	BAZG ZoG	BAZG ZIV	TPO	Zist	ESBK	MJ	NDB	PPSP	ZIVI	SM	KAPO	MIGRA	SVA	SECO/KAA	GSR	LV	StraMa	EDA	IP	Mil Sich	AwGB	
Erfassung (Erfasser/in, Eingabedatum und -zeit), Datei-name, Standard und Beschreibung zur Foto:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Revokationsdatum und -grund:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
Ermittlungsort und -datum:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M		A	A	A	A	A	
<i>Kennzeichendatensatz:</i>																											
Kennzeichen (automatisch generierte Nummer):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Erfassung (Erfasser/in, Eingabedatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Mutation (für die Mutation zuständige Person, Mutationsdatum und -zeit):	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Erfassungsgrund:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Kennzeichen, Kennzeichenart und -farbe:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Position Kennzeichen, Nation:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Datenherkunft, weitere Details:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Revokationsdatum und -grund:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
Ermittlungsort und -datum:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	M	A	M		A	A	A	A	A	
<i>Meldung</i>																											
Gültigkeit der Meldung:	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	
Meldungstext:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M	M	A	A	A	A	A	
Grund für Aufhebung der Meldung:	M	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			M	A	A	A	M	M	A	A	A	A	A	
<i>Mitteilung</i>																											
Empfänger/in, Erfasser/in:	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			A	A	A	A	A	A	A	A		A	A	
Betreff, Mitteilungstext:	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A			A	A	A	A	A	A	A	A		A	A	

*Beilage zur Änderung der Verordnung über die Gebühren und Entschädigungen für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs
(Ziff. I/13)*

*Anhang
(Art. 3 Abs. 1 und 17 Abs. 1)*

Gebühren und Entschädigungen inklusive Mehrwertsteuer

...					
Auftragsgruppe Fernmeldeverkehr	Auftragstyp	Geschäftsfall	VUPF	Gebühr Dienst ÜPF	Entschädigung Mitwirkungspflichtige
...					
Notsuche	EP_38_HD	Rückwirkende Überwachung	Art. 67 Bst. d	Fr. 50	Fr. 700
Mobilfunklokalisierung terroristischer Gefährder/innen	ML_50_RT	Mobilfunklokalisierung in Echtzeit	Art. 68a	Fr. 2000	Fr. 900
Fahndung	Die Gebühren und Entschädigungen für Fahndungen werden gemäss der Regelung für den gewählten Überwachungstyp festgelegt.				